

Stand: 06.06.2026 10:14:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8239

"Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2014"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8239 vom 28.09.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11348 des HA vom 27.04.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11653 vom 01.06.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 01.06.2016



Antrag

der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2014

Der Landtag wolle beschließen:

Aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2014 und des Jahresberichts des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wird der Staatsregierung gem. Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) für das Haushaltsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Begründung:

Gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern in Verbindung mit Art. 114 Abs. 1 BayHO wurde dem Landtag die Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2014 samt Anlagen übersandt*).

Die Haushaltsrechnung 2014 des Freistaates Bayern ist darüber hinaus ab sofort im Internet abrufbar unter <http://www.stmflh.bayern.de/haushalt/haushaltsrechnungen>.

Der Bayerische Oberste Rechnungshof, dem gleichzeitig Ausfertigungen der Haushaltsrechnungen übersandt wurden, legt gemäß Art. 114 Abs. 1 BayHO seinen Bericht über die Rechnungsprüfung (Art. 97 BayHO) und seine Einzelrechnung dem Landtag unmittelbar vor.

Im Abschlussbericht*^{*)} zur Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2014 wurde eine ausführliche Darstellung über die staatliche Haushaltsführung gegeben.

Der nach Art. 3a Abs. 2 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung vorzulegende Bericht über die Zugehörigkeit von Mitgliedern der Staatsregierung zu Organen privater Erwerbsgesellschaften im Jahr 2014 wurde dem Landtag ebenfalls vorgelegt*).

*) Von einem Abdruck wurde Abstand genommen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Staatsregierung

Drs. 17/8239

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2014

I. Beschlussempfehlung:

1. Aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2014 und des Jahresberichts 2016 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wird der Staatsregierung gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) für das Haushaltsjahr 2014 Entlastung erteilt.
2. Die Staatsregierung wird gem. Art. 114 Abs. 3 und 4 der BayHO ersucht,
 - a) sicherzustellen, dass arbeitszeitabhängige Bezügebestandteile (Zulagen) bayernweit automatisiert abgerechnet werden, und zu prüfen, ob hierfür ein einheitliches IT-Verfahren eingeführt werden kann; bei allen Justizvollzugsanstalten ein integriertes Zeitmanagementsystem für Zeiterfassung, Dienstplanung und Zulagenberechnung mit Schnittstelle zum Bezügeabrechnungsverfahren VIVA einzusetzen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 28 des ORH-Berichts).
 - b) das Baukosten- und Nachtragsmanagement bei den Staatlichen Bauämtern zu verbessern.
Dem Landtag ist bis spätestens 30.11.2016 zu berichten (TNr. 29 des ORH-Berichts).
 - c) darauf zu achten, dass die Deutsche Bahn AG frühzeitig und sorgfältig plant und die

Bauvorhaben wirtschaftlich umsetzt (dies ist entsprechend in den Verträgen zu vereinbaren), sowie zu regeln, dass bei Kartellverstößen angemessener Schadenersatz geltend gemacht werden kann.

Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 30 des ORH-Berichts).

- d) sicherzustellen, dass bei den Justizvollzugsanstalten die dienst- und arbeitszeitrechtlichen Normen korrekt angewendet werden und ein einheitliches IT-Verfahren eingeführt wird, um weitere Fehlzahlungen zu vermeiden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 31 des ORH-Berichts).
- e) bei den gebundenen und offenen Ganztagsangeboten und Mittagsbetreuungsgruppen an staatlichen Grund- und Mittelschulen die Verwaltungsabläufe insbesondere hinsichtlich klarer Zuständigkeiten zu verbessern und den Verwaltungsvollzug zu vereinheitlichen.
Dem Landtag ist bis zum 01.04.2017 zu berichten (TNr. 32 des ORH-Berichts).
- f) dafür Sorge zu tragen, dass die Mängel bei der Haushaltsplanung sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung am Staatstheater am Gärtnerplatz behoben werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten. Vor der Sommerpause 2016 ist dem Landtag ein Zwischenbericht zur Situation und zu den aufgeworfenen Fragen zu geben (TNr. 33 des ORH-Berichts).
- g) die tarifgerechte Eingruppierung der Beschäftigten der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen rasch sicherzustellen und die Fehlzahlungen zu korrigieren.
Dem Landtag ist bis zum 01.07.2016 zu berichten (TNr. 34 des ORH-Berichts).
- h) sicherzustellen, dass bei den Renten dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung Rechnung getragen wird.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 35 des ORH-Berichts).

- i) sicherzustellen, dass Steuererklärungen mit Nachdruck eingefordert und Dauer-schätzungsfälle deutlich reduziert werden. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 36 des ORH-Berichts).
- j) sicherzustellen, dass die vom ORH festgestellten Defizite bei der Betriebsprüfung bargeldintensiver Betriebe beseitigt werden, und insbesondere auf gesetzgeberische Maßnahmen des Bundes hinzuwirken. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 37 des ORH-Berichts).
- k) sicherzustellen, dass die Defizite bei der Besteuerung umsatzsteuerpflichtiger Ärzte beseitigt werden (Umsatzsteuerpflicht systematisch überprüfen, Umsatzsteuererklärungen konsequent einfordern). Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 38 des ORH-Berichts).
- l) sicherzustellen, dass das Meldeverhalten der Betriebsprüfung und die Zusammenarbeit mit der Steuerfahndung verbessert werden. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 39 des ORH-Berichts).
- m) dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitsrückstände bei den nicht abschließend geprüften Steuerfällen, den offenen Einsprüchen sowie bei der Lohnsteueraußenprüfung beseitigt werden. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 40 des ORH-Berichts).
- n) darauf hinzuwirken, dass die Bayerische Staatsforsten AöR in Abhängigkeit von der Ertragslage auch über 2017 hinaus zusätzliche Mittel für die Aufstockung des Alterssicherungsfonds verwendet. Dem Landtag ist bis zum 30.06.2018 zu berichten (TNr. 41 des ORH-Berichts).
- o) das Personal der Forstverwaltung zuvörderst für seine ursprünglich vorgesehenen Aufgaben einzusetzen. Motorsägekurse der Forstverwaltung, die ausschließlich dem Privatinteresse dienen, sind kostendeckend durchzuführen. Für Kurse, die dem Gemeinwohl dienen, sollte das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten angemessene Teilnehmerentgelte erheben und eine angemessene Finanzierungsbeteiligung der gesetzlichen Unfallkassen einfordern. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 42 des ORH-Berichts).

3. Der Landtag stellt gemäß Art. 114 Abs. 2 der BayHO fest, dass die geprüften IT-Verfahren nicht den Standards entsprechen (TNr. 31 des ORH-Berichts).

Berichterstatter: **Hans Herold**
Mitberichterstatter: **Volkmar Halbleib**

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 108. Sitzung am 26. April 2016 und in seiner 109. Sitzung am 27. April 2016 beraten. Der Staatsregierung wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Ablehnung

Entlastung erteilt.

Die Ersuchen in Nummern 2 a – e, h – n und Nummer 3 der Beschlussempfehlung wurden einstimmig beschlossen.

Das Ersuchen in Nummer 2 f wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

beschlossen.

Das Ersuchen in Nummer 2 g wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: 10 Zustimmung,

1 Enthaltung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

beschlossen.

Das Ersuchen in Nummer 2 o wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

beschlossen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Staatsregierung

Drs. 17/8239, 17/11348

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2014

1. Aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2014 und des Jahresberichts 2016 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wird der Staatsregierung gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) für das Haushaltsjahr 2014 Entlastung erteilt.
2. Die Staatsregierung wird gem. Art. 114 Abs. 3 und 4 der BayHO ersucht,
 - a) sicherzustellen, dass arbeitszeitabhängige Bezügebestandteile (Zulagen) bayernweit automatisiert abgerechnet werden, und zu prüfen, ob hierfür ein einheitliches IT-Verfahren eingeführt werden kann; bei allen Justizvollzugsanstalten ein integriertes Zeitmanagementsystem für Zeiterfassung, Dienstplanung und Zulagenberechnung mit Schnittstelle zum Bezügeabrechnungsverfahren VIVA einzusetzen. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 28 des ORH-Berichts).
 - b) das Baukosten- und Nachtragsmanagement bei den Staatlichen Bauämtern zu verbessern. Dem Landtag ist bis spätestens 30.11.2016 zu berichten (TNr. 29 des ORH-Berichts).
 - c) darauf zu achten, dass die Deutsche Bahn AG frühzeitig und sorgfältig plant und die Bauvorhaben wirtschaftlich umsetzt (dies ist entsprechend in den Verträgen zu vereinbaren), sowie zu regeln, dass bei Kartellverstößen angemessener Schadensersatz geltend gemacht werden kann. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 30 des ORH-Berichts).

- d) sicherzustellen, dass bei den Justizvollzugsanstalten die dienst- und arbeitszeitrechtlichen Normen korrekt angewendet werden und ein einheitliches IT-Verfahren eingeführt wird, um weitere Fehlzahlungen zu vermeiden. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 31 des ORH-Berichts).
- e) bei den gebundenen und offenen Ganztagsangeboten und Mittagsbetreuungsgruppen an staatlichen Grund- und Mittelschulen die Verwaltungsabläufe insbesondere hinsichtlich klarer Zuständigkeiten zu verbessern und den Verwaltungsvollzug zu vereinheitlichen. Dem Landtag ist bis zum 01.04.2017 zu berichten (TNr. 32 des ORH-Berichts).
- f) dafür Sorge zu tragen, dass die Mängel bei der Haushaltsplanung sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung am Staatstheater am Gärtnerplatz behoben werden. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten. Vor der Sommerpause 2016 ist dem Landtag ein Zwischenbericht zur Situation und zu den aufgeworfenen Fragen zu geben (TNr. 33 des ORH-Berichts).
- g) die tarifgerechte Eingruppierung der Beschäftigten der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen rasch sicherzustellen und die Fehlzahlungen zu korrigieren. Dem Landtag ist bis zum 01.07.2016 zu berichten (TNr. 34 des ORH-Berichts).
- h) sicherzustellen, dass bei den Renten dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung Rechnung getragen wird. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 35 des ORH-Berichts).
- i) sicherzustellen, dass Steuererklärungen mit Nachdruck eingefordert und Dauerschätzungsfälle deutlich reduziert werden. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 36 des ORH-Berichts).
- j) sicherzustellen, dass die vom ORH festgestellten Defizite bei der Betriebsprüfung bargeldintensiver Betriebe beseitigt werden, und insbesondere auf gesetzgeberische Maßnahmen des Bundes hinzuwirken. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 37 des ORH-Berichts).

- k) sicherzustellen, dass die Defizite bei der Besteuerung umsatzsteuerpflichtiger Ärzte beseitigt werden (Umsatzsteuerpflicht systematisch überprüfen, Umsatzsteuererklärungen konsequent einfordern).
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 38 des ORH-Berichts).
- l) sicherzustellen, dass das Meldeverhalten der Betriebsprüfung und die Zusammenarbeit mit der Steuerfahndung verbessert werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 39 des ORH-Berichts).
- m) dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitsrückstände bei den nicht abschließend geprüften Steuerfällen, den offenen Einsprüchen sowie bei der Lohnsteueraußenprüfung beseitigt werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 40 des ORH-Berichts).
- n) darauf hinzuwirken, dass die Bayerische Staatsforsten AöR in Abhängigkeit von der Ertragslage auch über 2017 hinaus zusätzliche Mittel für die Aufstockung des Alterssicherungsfonds verwendet.
Dem Landtag ist bis zum 30.06.2018 zu berichten (TNr. 41 des ORH-Berichts).
- o) das Personal der Forstverwaltung zuvörderst für seine ursprünglich vorgesehenen Aufgaben einzusetzen. Motorsägekurse der Forstverwaltung, die ausschließlich dem Privatinteresse dienen, sind kostendeckend durchzuführen. Für Kurse, die dem Gemeinwohl dienen, sollte das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten angemessene Teilnehmerentgelte erheben und eine angemessene Finanzierungsbeteiligung der gesetzlichen Unfallkassen einfordern.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 42 des ORH-Berichts).
3. Der Landtag stellt gemäß Art. 114 Abs. 2 der BayHO fest, dass die geprüften IT-Verfahren nicht den Standards entsprechen (TNr. 31 des ORH-Berichts).

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Hans Herold

Abg. Volkmar Halbleib

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Claudia Stamm

Staatsminister Dr. Markus Söder

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 3 und 4 auf:

Antrag der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2014 (Drs. 17/8239)

und

**Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs
auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2014 für den Einzelplan 11 (Drs. 17/9222)**

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 48 Minuten vereinbart. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Als ersten Redner rufe ich Kollegen Herold von der CSU-Fraktion auf. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dieser emotionalen Debatte über das Betreuungsgeld nehme ich sehr gerne Stellung zum Antrag der Staatsregierung auf Entlastung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2014 und insbesondere zum Bericht unseres Obersten Rechnungshofs. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass der ORH der Staatsregierung auch in diesem Jahr wieder eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung bescheinigt. Der Bericht des Obersten Rechnungshofes enthält im allgemeinen haushalts- und finanzwirtschaftlichen Teil keine Beanstandungen. Das ist sehr wichtig.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Anregungen und insbesondere die Mahnungen des ORH immer wieder aufgegriffen werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage aus voller Überzeugung: Der ORH ist beim ausgeglichenen Haushalt und beim Schuldenabbau ein Partner sowohl des Landtags als auch der Staatsregierung. Herr Präsident Dr. Fischer-Heidlberger, deshalb möchte ich Ihnen und Ihren Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit, die Sie für uns alle leisten, ein herzliches Dankeschön sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass ich auch in diesem Jahr wieder aus voller Überzeugung sagen kann: Bayern ist und bleibt das Land mit den solidesten Staatsfinanzen. Hier wird sehr gute Arbeit geleistet. Deswegen möchte ich namens der Mehrheitsfraktion der CSU unserem Staatsminister Dr. Markus Söder, unserem Staatssekretär Albert Füracker und natürlich all den tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Steuer- und Finanzverwaltung im Freistaat Bayern für die wichtige Arbeit, die sie leisten, ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, ein paar Eckpunkte hervorzuheben. Die Investitionsquote liegt bei 10,5 %. Lieber Volkmar Halbleib, wir haben bereits im Ausschuss darüber diskutiert, dass die Investitionsquote nicht die ursprünglich angestrebte Höhe von 12 % erreicht hat. Dazu stehe ich. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir im Unterschied zu anderen Bundesländern bei den Zinsausgaben mit 829 Millionen Euro sehr gut dastehen. Das sind, in Anführungszeichen, "nur" 1,6 % der Staatsausgaben. Wenn ich einen Vergleich mit den anderen Flächenländern anstellen darf, sage ich: Diese haben Zinsausgaben in Höhe von 4,8 %.

Selbstverständlich sind für uns eine solide Haushaltsführung und eine solide Finanzpolitik entscheidende Punkte. Lieber Herr Staatsminister Dr. Markus Söder, deshalb freue ich mich, auch heuer darauf hinweisen zu können, dass wir eine Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 2.317 Euro haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist im Vergleich mit allen Bundesländern mit Abstand der niedrigste Wert. Der Durchschnitt der anderen Flächenländer liegt hier bei 8.719 Euro. Dieser Betrag ist dreimal so hoch wie der im Freistaats Bayern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte kurz ein paar Punkte aus dem Bericht des ORH herausgreifen. Der ORH hat zutreffend festgestellt, dass der Finanzierungssaldo im Nachtragshaushalt 2016 negativ ist. Ich möchte aber hervorheben: Alle Ausgaben sind vollständig gegenfinanziert, auch durch Entnahmen aus der Haushaltsrücklage. Damit komme ich auf einen ganz entscheidenden Punkt: Dies war nur aufgrund der soliden und zukunftsorientierten Haushalts- und Finanzpolitik der Bayerischen Staatsregierung in den letzten Jahrzehnten möglich. 1,8 Milliarden Euro entfallen auf nicht vorhersehbare Asyl-Mehrbedarfe. Sie alle wissen, dass wir dadurch im Moment vor großen Herausforderungen stehen. Insofern sind die Gründe für den negativen Finanzierungssaldo auch für den ORH nachvollziehbar.

Die weiteren 0,3 Milliarden Euro sind, wie ich meine, keine zusätzlichen Ausgaben, wie der ORH ausgeführt hat. Das möchte ich ganz deutlich hervorheben. Ein negativer Saldo ist nur deshalb entstanden, weil die ursprünglich für das Jahr 2016 veranschlagten Einnahmen durch die BayernLB dem Freistaat bereits im Jahr 2015 zugeflossen sind. Daher mussten die dafür für das Jahr 2016 vorgesehenen Einnahmen im Rahmen des Nachtragshaushalts 2016 auf Null reduziert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte festhalten: Der Freistaat Bayern plant weiterhin vorsichtig und verfolgt eine äußerst seriöse Haushaltspolitik. Der Schuldenabbau ist natürlich ein großes Anliegen des Obersten Rechnungshofs, der Mehrheitsfraktion und der Bayerischen Staatsregierung. Der ORH hat, wie ich meine, die großen Fortschritte beim Schuldenabbau anerkannt. In den Jahren 2012 bis 2015 sind bereits drei Milliarden Euro an Altschulden getilgt worden. Die Schulden in den allgemeinen Haushalten wurden dadurch bis Ende 2015 auf rund 19,5 Milliarden Euro abgebaut. Ich möchte dazu auch heuer ein Beispiel nennen: Der Freistaat Bayern hat eine Schuldenbelastung in Höhe von 19,5 Milliarden Euro. Demgegenüber hat das große Bundesland Nordrhein-Westfalen eine Schuldenlast von zirka 200 Milliarden Euro. Das bedeutet, dass die Verschuldung in NRW ungefähr zehnmal so hoch ist wie die Verschuldung des Freistaates Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Nachtragshaushalt 2016 findet sich erstmals eine Tilgung im Stabilisierungsfonds der BayernLB. Lieber Kollege Volkmar Halbleib, ich bedaure, dass du heute zum letzten Mal die Rede zum Haushalt halten wirst. Wir haben sehr lange zusammengearbeitet. Außerdem möchte ich mich noch einmal ganz herzlich bei unserem Finanzminister Dr. Markus Söder für die Leistungen bedanken, die er für die BayernLB in den letzten Jahren erbracht hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich gilt es für uns, weiter zu gehen. Der Schuldenabbau bis zum Jahr 2030 muss auch angesichts der enormen Haushaltsbelastungen durch den Flüchtlingszustrom fortgeführt werden. Damit kommt der Freistaat Bayern – ich möchte das betonen – insbesondere der größten Forderung des ORH in, wie ich meine, vorbildlicher Weise nach. Zum Erreichen dieses Ziels sind entsprechende Verbesserungen beim Länderfinanzausgleich zwingend erforderlich. Ich kann nicht nachvollziehen, was ich auch immer wieder in meinem Stimmkreis betone, dass allein der Freistaat Bayern weit über 50 % des Länderfinanzausgleichs aufbringen muss, was einer Summe von 6 Milliarden Euro entspricht. Ich gehe davon, dass auch unser Finanzminister Dr. Söder sich dazu äußern wird. Deswegen hoffe ich, dass bei der Neuregelung Verbesserungen erreicht werden können.

Die Flüchtlingssituation ist – ich habe es vorhin schon kurz angesprochen – zurzeit die größte Herausforderung für den Haushalt in Bayern. Bayern schultert die Mehrkosten von über 3 Milliarden Euro in diesem Jahr als einziges Land in Deutschland – ich möchte ausdrücklich betonen: als einziges Land in Deutschland – aus eigener Kraft und ohne neue Schulden. Die finanzielle Beteiligung des Bundes – auch über diese Fragen muss immer wieder diskutiert werden – liegt im Jahr 2016 bei ungefähr 17 %, und deswegen muss auch weiterhin die Forderung an den Bund gestellt werden, deutlich mehr Kosten auf diesem Feld zu übernehmen. Ich will aber auch darauf hinweisen, dass wir nur durch die Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte und durch die Rücklagen, die aufgrund dieser Finanzpolitik vorhanden sind, aktuell in der Lage sind, die enormen finanziellen Belastungen im Asylbereich zu stemmen, ohne – auch das

möchte ich ausdrücklich betonen – andere Leistungen zu kürzen. Dies geht aber nur vorübergehend und nicht auf Dauer, auch nicht in einem so finanzstarken Land wie dem Freistaat Bayern.

Ich möchte ein Zitat unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck aufgreifen, auf das der Kollege Peter Winter vor Kurzem in einer Rede Bezug genommen hat: "Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich." Das gilt natürlich auch für die Finanzpolitik. Das gilt neben der Aufnahmefähigkeit auch für unsere sonstigen finanziellen Möglichkeiten. Ich möchte mich heute ganz herzlich bedanken für die großartigen Leistungen, die im letzten halben Jahr erbracht worden sind. Der Dank gilt insbesondere den Beschäftigten der Kommunen, der Landkreise, der Regierungen, der Landratsämter, der Polizei und der Justiz sowie den vielen ehrenamtlichen Helfern. Wenn ich mir anschauere, was allein in meinem Stimmkreis getan worden ist – wir haben ungefähr 1.200 Flüchtlinge bestens betreut –, dann will ich auch mit Stolz sagen, dass eine großartige Arbeit geleistet worden ist.

Der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Herr Dr. Fischer-Heidberger hat in der Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im April 2016 ausgeführt, was mich auch sehr beeindruckt hat: Der Oberste Rechnungshof ist dem Landtag und der Staatsregierung für die Begrenzung der Ausgabensteigerung im Doppelhaushalt 2015/2016 dankbar. Das war auch uns von der CSU-Fraktion und der Staatsregierung ein fundamentales Anliegen. Der ORH hat Verständnis dafür, dass man im Nachtragshaushalt 2016 der veränderten Situation, die durch den Flüchtlingszustrom eingetreten ist, Rechnung tragen muss, wogegen sogar der ORH nichts einwenden kann. Das waren gute und auch für mich wichtige Aussagen.

Trotz dieser immensen Herausforderungen, die ich erwähnt habe, werden wir auch weiterhin unsere finanzpolitischen Ziele verfolgen, was auch den Forderungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofes entspricht: Insbesondere weiterhin keine neuen Schulden, die Fortsetzung des Schuldenabbaus und hohe investive Ausgaben von rund 6,5 Milliarden im Jahr 2016. Ich habe vorhin schon erwähnt, dass dieses Ziel

im Jahr 2014 nicht ganz erreicht werden konnte, aber dennoch sind wir auf einem sehr, sehr guten Weg – im Unterschied zu vielen anderen Bundesländern in Deutschland.

Die derzeit guten wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen spiegeln sich auch in den aktuellen Arbeitsmarktzahlen. Ich sage mit Stolz, dass die Arbeitslosenquote in Bayern infolge der sehr tüchtigen Bürgerinnen und Bürger, aber auch aufgrund einer sehr nachhaltigen Finanz- und Wirtschaftspolitik bei ungefähr 3,4 % liegt, deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 6 %. Darauf kann man stolz sein. Diese erfolgreiche und gute Situation im Freistaat Bayern, sowohl in der Wirtschafts- als auch in der Finanzpolitik, ist auf die Tüchtigkeit unserer Bürgerinnen und Bürger, aber auch auf die langjährige solide und zukunftsorientierte Politik der von der CSU-Fraktion getragenen Bayerischen Staatsregierung zurückzuführen. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU)

Ich will abschließend kurz noch zwei Punkte ansprechen, die immer wieder von der Opposition kritisch aufgegriffen werden. Das betrifft zum einen den bayerischen Pensionsfonds. Der im Jahr 2013 – liebe Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, dieser Punkt wird von Ihnen immer wieder aufgegriffen und diskutiert – eingerichtete bayerische Pensionsfonds erhält bekanntlich jährliche Zuwendungen von 100 Millionen Euro bis zum Jahr 2030. Er wird voraussichtlich bis zum Jahr 2023 einen Kapitalstock von 3,7 Milliarden Euro gebildet haben, der auch zur Abfederung der Versorgungsausgaben zur Verfügung steht. Darüber hinaus haben wir, wie ich bereits erwähnt habe, über 3 Milliarden Euro alte Schulden getilgt. Das bedeutet: Durch die vollständige Schuldentilgung bis zum Jahr 2030, die wir hoffentlich auch erreichen werden, stehen dann aufgrund der wegfallenden Schuldzinsenbelastung freie Mittel für die Finanzierung der Versorgungsausgaben zur Verfügung.

Ich will noch auf die Personalsituation an den Steuer- und Finanzbehörden zu sprechen kommen, weil auch dieses Thema von der Opposition immer wieder kritisch angesprochen wird. Man muss anerkennen, lieber Kollege Volkmar Halbleib, dass wir in den letzten Jahren insbesondere bei der Aufstockung des Personals an den Finanzämtern sehr viel getan haben. Sie müssen auch anerkennen, dass derzeit ungefähr 2.150 junge Anwärtinnen und Anwärter in der Ausbildung sind. Alle unsere Finanzhochschulen in Herrsching und Kaufbeuren sowie die Finanzschule in Ansbach, bei der erst kürzlich ein Spatenstich vorgenommen worden ist, sind voll mit jungen engagierten Nachwuchsbeamtinnen und –beamten. Insofern sind wir auch in diesem Bereich sehr, sehr gut aufgestellt.

In diesem Sinne bedanke ich mich ganz, ganz herzlich für die Debatten, auch bei uns im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, die manchmal sicherlich etwas heftig sind, aber sehr fair verlaufen. Ich bedanke mich auch ganz herzlich bei der Staatsregierung und bei unserem Finanzminister, Dr. Markus Söder. Insofern darf ich auch die Anträge stellen. Mit der weitergehenden Umsetzung der Anträge des Obersten Rechnungshofes wollen wir auch künftig gewährleisten, dass die gute und erfolgreiche bayerische Haushaltsführung weiter verbessert wird und der Freistaat Bayern auch künftig über solide Finanzmittel verfügt. Meine Fraktion wird daher der Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaats Bayern für das Jahr 2014 mit größter Überzeugung zustimmen.

Abschließend möchte ich ebenfalls um Zustimmung zum Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2014 für den Einzelplan 11 bitten. Er wurde im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen am 27. April behandelt und dem Landtag einstimmig zur Zustimmung empfohlen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass zum Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2014 für den Einzelplan 11, Drucksache 17/9222, von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Jetzt hat Herr Kollege Halbleib von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Präsident des Obersten Rechnungshofes und seine Mitarbeiter! Ich stelle den Dank an den Bayerischen Obersten Rechnungshof bewusst an den Anfang meiner Rede. Ich danke vor allem der Spitze, Herrn Präsidenten Dr. Fischer-Heidlberger, für den Jahresbericht 2016, der das Haushaltsjahr 2014 betrifft. Die regelmäßigen Jahresberichte des Bayerischen Obersten Rechnungshofes sind eine unverzichtbare Grundlage für die Kontrolle des Haushaltsvollzugs der Staatsregierung durch den Landtag. Der Oberste Rechnungshof prüft die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung. Wir nehmen durchaus mit unterschiedlichen Rollen eine gemeinsame Aufgabe wahr. Wenn in der Haushaltspolitik oder im Haushaltsvollzug Fehler gemacht werden, legen wir den Finger in die Wunde. Zwar sind wir nicht immer im Detail der Auffassung des Obersten Rechnungshofs, allerdings haben unsere gemeinsamen Aufgaben eine große Schnittmenge.

Herr Präsident, ich danke Ihnen mit Überzeugung und auch persönlich für Ihren Einsatz. Nach meiner Einschätzung und der Einschätzung meiner Fraktion haben Sie den Konflikt nicht gesucht, Sie sind ihm aber auch nicht aus dem Weg gegangen, wo es notwendig war. Das entspricht der Unabhängigkeit des Obersten Rechnungshofs. Herr Präsident, Sie haben diese Unabhängigkeit mit Ihren Mitarbeitern gelebt und in den letzten Jahren kultiviert. Ein Beispiel hierfür war die Sitzung des Haushaltsausschusses am gestrigen Nachmittag. Insgesamt ist es gut, Ihnen für Ihre Arbeit ganz herzlich

zu danken. Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute und danke Ihnen für den Beitrag, den Sie für den Freistaat Bayern geleistet haben.

(Allgemeiner Beifall)

Deswegen werden wir der Entlastung des Obersten Rechnungshofs selbstverständlich mit Überzeugung und verbunden mit der Anerkennung für die Arbeit zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird Sie nicht überraschen, dass dies bei der beantragten Entlastung für die Staatsregierung anders aussieht. Herr Kollege Herold, Ihre Ausführungen haben einen Dreiklang enthalten. Sie betonen in Ihrem ersten Baustein die geordnete Haushaltsführung in der technisch-organisatorischen Abwicklung, die für mich eine Selbstverständlichkeit darstellt.

(Hans Herold (CSU): Das darf ich doch sagen, oder?)

Das sagt überhaupt nichts darüber aus, dass bei der Haushaltsführung oder der Haushaltspolitik Fehler gemacht worden sind. Deswegen ist das wohlfeil. Der zweite Baustein besteht aus Lobliedern und Danksagungen an die Staatsregierung.

(Hans Herold (CSU): Zu Recht!)

Der dritte Baustein besteht aus Vergleichen mit anderen Bundesländern. Sie haben nichts über die Aufgabe gesagt, den eigenen Maßstäben gerecht zu werden. Deswegen kommen wir mit guten Gründen zu einem anderen Urteil als Sie. Die Punkte, die Sie angesprochen haben, geben durchaus Anlass, den Haushaltsvollzug und die Haushaltspolitik kritisch zu kommentieren. Der diesjährige Bericht des Obersten Rechnungshofs enthält mittlerweile schon zum 19. Mal in Folge an zentraler Stelle Kritik am mangelnden Steuervollzug dieser Staatsregierung – zum 19. Mal und jedes Jahr intensiver. Herr Finanzminister, das betrifft gleichzeitig zum fünften Mal Ihre Amtszeit.

Die Trippelschritte in der Personalentwicklung, die Herr Kollege Herold erwähnt hat, sind angesichts des großen Problems in der Finanzverwaltung völlig unzureichend.

Auch Sie, Herr Finanzminister, bekommen wie schon Ihre Vorgänger die Probleme beim Steuervollzug nicht in den Griff. Das zeigen die Anmerkungen des Obersten Rechnungshofs seit vielen Jahren. Herr Kollege Herold, wir schließen uns dem Dank an die Steuerverwaltung an. Das ist jedoch wohlfeil. Natürlich liegt es nicht an den Beamtinnen und Beamten in der Steuerverwaltung, an den Steuerfahndern und den Steuerprüfern, die mit hervorragenden Einzelergebnissen glänzen und eine hohe Motivation aufweisen. Sie tragen jedoch dieser Motivation nicht Rechnung, sondern sind nach wie vor für eine prekäre Personalsituation in den Finanzämtern verantwortlich. Das muss an dieser Stelle deutlich festgestellt werden. Das hat der Oberste Rechnungshof in seinem Bericht deutlich dargestellt.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort der Staatsregierung auf unsere aktuelle Anfrage hat ergeben, dass von den 16.500 Stellen, die im Haushaltsplan des Freistaats Bayern für die Finanzämter zur Verfügung gestellt werden, nur 14.913 regulär besetzt sind. Etwa 1.500 Stellen sind anders, beispielsweise durch Anwärter, besetzt. Sie werden für die Ausbildung in Anspruch genommen, wie es viel zu wenige Anwärterstellen gibt. Einige Stellen sind gar nicht besetzt. Das ist völlig widersinnig und keine ordentliche Haushaltspolitik. In der Finanzverwaltung rechnet sich jede Finanzbeamtin und jeder Finanzbeamte, die wir dringend benötigen, automatisch. Die Wiederbesetzungssperre, die dafür sorgt, dass Stellen, die dringend besetzt werden müssten, nicht besetzt werden, schadet dem Freistaat Bayern und der Steuergerechtigkeit. Das ist keine ordnungsgemäße Haushaltspolitik. Das kritisieren wir an dieser Stelle ganz deutlich.

(Hans Herold (CSU): Wir haben die besten Ergebnisse in ganz Deutschland!)

Schaffen Sie die Wiederbesetzungssperre ab.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Herold, es mag sein, dass die Ist-Besetzung in den Finanzämtern in den vergangenen Jahren geringfügig mit Trippelschritten zugenommen hat. Mit Verweis auf die aktuellen Zahlen haben Sie jedoch noch nicht einmal den Stand von 2009 erreicht. Im Zehn-Jahres-Vergleich mit dem Jahr 2006 steht der Freistaat Bayern im Hinblick auf die Stellenbesetzung in der Finanzverwaltung ganz hinten. Sie haben 350 Stellen weniger besetzt als noch vor zehn Jahren, obwohl die Bevölkerung des Freistaats Bayern und die Steuerfälle deutlich zugenommen haben. Deshalb glaube ich, dass Sie mit Ihrer Einschätzung völlig falsch liegen. Wir haben Ausfälle in Millionenhöhe bei den Steuern.

Der Oberste Rechnungshof kritisiert auch in diesem Jahresbericht 2016 insgesamt sechs Teilbereiche. Dazu zählen unter anderem Arbeitsrückstände beim Finanzamt München in massivster Form – auch das muss ich Ihnen ins Stammbuch schreiben. Jeder muss wissen, dass das Finanzamt München 40 % des Steueraufkommens im Freistaat Bayern bearbeitet. Sie lassen nach wie vor Mängel zu, die nicht akzeptabel sind für den Staatshaushalt, für den Freistaat Bayern und letztendlich auch für die Steuergerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb lautet meine klare Aufforderung: Sie müssen endlich den politischen Willen aufbringen, mindestens die fehlenden 1.500 Stellen zu besetzen. Eigentlich brauchen wir mehr. Sie ziehen gerne Ländervergleiche heran. In diesem Bereich sind Sie das absolute Schlusslicht. Dies ist ein Schlag ins Gesicht insbesondere der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und widerspricht der Steuergerechtigkeit.

(Hans Herold (CSU): Wir haben die besten Ergebnisse bundesweit!)

Das muss an dieser Stelle gesagt werden. Da helfen Gesundbeten und Lobhudeleien überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Investitionsquote des Freistaats Bayern ist auf dem Papier zunächst einmal gut. Wir stellen jedoch fest, dass die groß verkündeten Investitionsquoten bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes nicht umgesetzt werden. Die Investitionsquote für das betroffene Haushaltsjahr 2014 ist um 1,4 % geringer als im Haushaltsplan ausgewiesen. Das heißt im Umkehrschluss konkret: Sie unterlassen Investitionen, die dringend notwendig sind. Das führt in der öffentlichen Infrastruktur zu einem Vermögensverzehr, der uns allen noch Probleme bereiten wird. Auf der einen Seite halten Sie die Verschuldung des Freistaats Bayern im Blick. Zur Schuldentilgung werde ich noch kurz etwas sagen. Auf der anderen Seite gehen Sie aufgrund maroder Staatsstraßen und Brücken verstärkt in die versteckte Verschuldung. Damit werden Sie dem Anspruch, den Sie eigentlich haben müssten, nicht gerecht. Wir müssen 5.000 Kilometer der bayerischen Staatsstraßen als dringend sanierungsbedürftig bezeichnen. Der Nachholbedarf bei der Sanierung der Staatsstraßen beläuft sich auf rund eine Milliarde Euro. Diesem Nachholbedarf werden Sie mit dieser Investitionsquote nicht gerecht. Sie schieben einen Investitionsstau vor sich her. Das führt zur versteckten Verschuldung und zur Aufbürdung größerer Infrastrukturlasten auf die kommenden Generationen. Damit müssen wir Schluss machen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben auch etwas zum Pensionsfonds gesagt. Sie gehen auch dort in die versteckte Verschuldung. Sie als CSU haben doch das von allen Fraktionen des Bayerischen Landtags im Jahr 2008 beschlossene Konzept für den Pensionsfonds einseitig aufgekündigt. Die 100 Millionen werden der notwendigen Vorsorge leider nicht gerecht. Sie haben vom Aufwuchs beim Pensionsfonds gesprochen. Ich sage Ihnen, Sie haben bei der Pensionsvorsorge eine Milliardenlücke zu verantworten. Wenn wir einmal durchrechnen, was Sie mit Ihrer Änderung im Jahr 2011 herbeigeführt haben, ermitteln wir jetzt schon eine Lücke von etwa 2,5 Milliarden Euro, die wir für die Pensionsvorsorge bräuchten. Auch das ist nur Gesundheitsbeterei.

An dieser Stelle ein paar Worte zu Einzelprojekten, die der Oberste Rechnungshof auch immer kritisiert. Ich darf an dieser Stelle exemplarisch nur das Gärtnerplatztheater herausgreifen. Hier wurden die Zeitpläne nicht eingehalten, die Kostenpläne wurden deutlich überschritten, und es kam massive Kritik am Betrieb des Theaters hinzu. Es fehlt an einer ordnungsgemäßen Planung, Steuerung und Bewirtschaftung der Mittel. Solche Worte verwendet der Oberste Rechnungshof nicht ohne Not. Wir fordern deshalb die Staatsregierung auf, endlich für eine vernünftige und geordnete Führung des Gärtnerplatztheaters zu sorgen und den lockeren Umgang mit Steuergeldern ein für alle Mal zu beenden.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend eine Bemerkung: Dieser Beitrag ist tatsächlich mein letzter Plenarbeitrag als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses. Ich bedanke mich bei den Kollegen für die Zusammenarbeit. Ich bedanke mich insbesondere bei den Kollegen der CSU dafür, dass Sie uns immer wieder die Möglichkeit gegeben haben, auch Erfolgserlebnisse zu haben, indem plötzlich Anträge von der CSU aufgetaucht sind, die ähnlich geklungen und ausgeschaut haben und ähnliche Summen enthalten haben wie die zuvor abgelehnten Anträge der SPD-Fraktion. Auch diese Möglichkeit haben Sie uns gelassen. Danke schön dafür.

(Klaus Stöttner (CSU): Sehr kooperativ!)

Wir bedanken uns bei der Staatsregierung dafür, dass sie uns mit ihrer Finanz- und Haushaltspolitik immer wieder Gelegenheit zur berechtigten Kritik gibt. Dazu habe ich einige Ausführungen gemacht. Wir konnten einige Anstöße geben und einige Erfolge erreichen. Ich wünsche meinem Nachfolger als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses, Harald Güller, viel Erfolg und eine glückliche Hand. Auch meiner Nachfolgerin im Haushaltsausschuss, Susann Biedefeld, wünsche ich alles Gute. Ohne Abschied gibt es kein Wiedersehen. Ich bleibe selbstverständlich der Finanz- und Haushaltspolitik treu. In diesem Sinne danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Als nächsten Redner bitte ich den Kollegen Muthmann.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Zunächst darf ich auch Dank abstaten. Herr Dr. Fischer-Heidlberger, herzlichen Dank für Ihre persönliche Arbeit und die Arbeit Ihres Hauses, die gerade in Debatten wie dieser unverzichtbare Voraussetzung dafür ist, dass wir unsere Arbeit richtig machen können. An dieser Stelle sei das gerne noch einmal und völlig uneingeschränkt bestätigt und gesagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herzlichen Dank Ihrem Haus und Ihnen persönlich alles Gute bei all den Freiheiten, die Sie demnächst gewinnen.

Lieber Volkmar Halbleib, auch an dich herzlichen Dank. Dein Hinweis, dass du uns aber erhalten bleibst, veranlasst mich, meine Redezeit nicht weiter in Dankadressen zu investieren. Ich freue mich darauf, wenn du dich gelegentlich einmal wieder zum Haushalt äußerst. Kollege Herold hat die Fakten wie immer glänzend dargestellt.

(Klaus Stöttner (CSU): So, wie sie auch sind!)

Dabei wird diese Darstellung unserer Aufgabe aber nicht gerecht. Natürlich ist die Rechnungslegung ordnungsgemäß, und natürlich wissen wir alle, dass der Freistaat Bayern gegenüber den anderen Flächenländern eine vergleichsweise geringe Verschuldung hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der Umstand, dass wir nur 1,8 % unseres Haushaltsvolumens für Zinsen ausgeben, kommt uns natürlich zugute.

(Hans Herold (CSU): Das kommt auch nicht von irgendwoher! Das hat auch Gründe!)

Der Weg, weiter Schulden abzubauen, ist richtig. Das darf man auch sagen. Wir dürfen dabei aber nicht stehen bleiben.

(Hans Herold (CSU): Richtig!)

Das Rechnungsergebnis eines Jahres ist zwar Anlass, die positiven Entwicklungen zu benennen. Daneben müssen wir uns aber auch fragen, was wir noch besser machen können und müssen und wo es Korrekturbedarf gibt. Dass ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, so wenig Verbesserungsmöglichkeiten erkennt, ist ein Dilemma, an dem wir insgesamt leiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich will ein paar der Punkte aufzählen, bei denen wir etwas verbessern können und müssen, um zusätzliche Gestaltungsspielräume zu bekommen. Gerade die Aufgabe, die uns die Flüchtlinge in finanzieller Hinsicht gestellt haben und noch stellen werden, muss uns umso mehr für die Frage sensibilisieren, wo unnötig Geld ausgegeben wird und wo wir unsere Aufgaben sparsamer und effizienter erfüllen können. Deswegen will ich nur stichwortartig ein paar Aspekte nennen und Punkte ansprechen, die der Kollege Halbleib auch schon angesprochen hat. Ich will es aber nicht mehr in derselben Breite tun, um auch noch ein paar andere Punkte ergänzen zu können.

Bei den Ausgaberesten müssen wir eine Entwicklung sehen, die bis in das Jahr 2014 hineinreicht. Für 2014 hat der Oberste Rechnungshof bei ständig steigender Tendenz zuletzt Ausgabereste in Höhe von 5,3 Milliarden Euro festgestellt. Daran wird deutlich, dass der Grundsatz der bedarfsgerechten Veranschlagung nicht ausreichend berücksichtigt wird. Womöglich sind dem Finanzminister die Ausgabereste ganz recht, weil er dadurch Gestaltungsspielräume und Reserven bekommt. Ich kann verstehen, dass er solche Reserven und Gestaltungsspielräume braucht. Das sei ihm auch eingeräumt

und zugestanden, aber nicht in Höhe von 10 % des gesamten Haushaltsvolumens. Das ist zu viel. Das ist nicht in Ordnung. Deshalb müssen wir Wert darauf legen, dass diese Ausgabereste künftig ein Stück weit reduziert werden.

Ein weiterer Punkt betrifft die Investitionsquote und versteckte Schulden. Dazu darf ich auf das verweisen, was der Kollege Halbleib schon angesprochen hat. Wenn wir nur die Bankschulden reduzieren, beim Hochbau und bei den Staatsstraßen aber nicht den ordnungsgemäßen Unterhalt gewährleisten, dann ist das auch eine Art von Verschuldung, die nicht akzeptabel ist. Darauf ist im Vollzug des Haushalts 2014 hingewiesen worden. Das muss korrigiert werden.

Das Ergebnis 2014 war um 1,24 Milliarden besser als ursprünglich geplant. Das ist aber nicht uneingeschränkt positiv zu sehen. Das ist insbesondere dann nicht so positiv zu bewerten, wenn man sich vor Augen führt, dass wir, der Landtag, eine Investitionsquote von 12 % beschlossen haben, dass tatsächlich aber nur 10,6 % – das sind 700 Millionen Euro weniger, als wir uns vorgestellt haben – investiert werden. Mit den 12 % erfüllen wir nicht nur das, was die Staatsregierung will, sondern diese 12 % sind auch ein Auftrag des Landtags an die Staatsregierung, 12 % des Haushalts für Investitionen auszugeben. Diese Investitionstätigkeit verdient keinen Applaus, sondern muss kritisiert werden, weil die Staatsregierung mit den Investitionen das realisieren muss, was ihr der Landtag mit den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln ermöglicht. Für den Doppelhaushalt 2017/2018 hat der Finanzminister zwar eine Erhöhung der Investitionsquote angekündigt. Das ist aber nur dann richtig und zu unterstützen, wenn diese Investitionsquote nicht nur auf dem Papier steht, sondern wenn das, was eingeplant wird, auch ausgegeben wird. Da muss mehr getan werden. Dazu hätten wir auch von Ihnen, lieber Kollege Herold, das eine oder andere kritische Wort gehört.

(Hans Herold (CSU): Das habe ich doch auch gesagt!)

Ein anderer Punkt ist der effiziente und sparsame Umgang mit öffentlichen Mitteln. Dazu will ich mit Blick auf die Uhr nur in aller Kürze drei Beispiele nennen. Da wäre

einmal der Hochbau. Das ist ein permanentes Thema, an dem wir ernsthaft arbeiten müssen, weil es im staatlichen Hochbau offenbar nicht gelingt, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und im Rahmen der eingeplanten Kosten zurechtzukommen. Der Oberste Rechnungshof stellt fest, dass fast 50 % der Projekte mit erheblichen Nachträgen zu tun haben. Verantwortlich dafür ist in 26 % der Fälle eine mangelhafte Grundlagenermittlung und in weiteren 26 % der Fälle eine mangelhafte Planung. In weiteren 12 % sind es zusätzliche Nutzerwünsche. Das muss doch alarmieren. Da muss man doch schauen, wie man zu einer wirtschaftlicheren und kostenbewussteren Realisierung solcher Projekte kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Eine öffentliche Haltung, bei der es heißt: "Ja mei, staatliche Baumaßnahmen sind halt teurer, da kommt man nie mit den Geldern aus", ist nach meiner Auffassung nicht zufriedenstellend und auch nicht tolerabel. Da müssen wir doch gemeinsam, so möchte ich bitten, den Daumen draufhalten, damit die Ergebnisse besser werden. Es geht auch anders, das erkennt man bei einem Blick in den privaten Bereich. Im Übrigen hat der Staat auch andere Erwartungen, wenn er kommunale oder gar private Investitionen fördert. Da kennt er keinen Spaß bei den Kostenüberschreitungen. Da wird nur gefördert, was ursprünglich im Kostenrahmen war. Der Umgang mit allen Risiken, die sich in irgendeiner Form darüber hinaus ergeben, oder mit Kostenüberschreitungen ist ausschließlich die Aufgabe und das Problem des Projektanten. Da besteht dann beim Staat die Erwartung, dass alles im Kostenrahmen bleibt. Das darf aber nicht nur im Blick auf andere der Fall sein, sondern das muss auch für eigene Baumaßnahmen gelten.

Das Gärtnerplatztheater kann ich abhaken. Auch dessen Sanierung ist eine Sache, bei der man sich die Augen reibt. Im Wesentlichen ist der Bedarf Jahr für Jahr unverändert. Trotzdem steigen die Kostenansätze. Es werden sogar Verstärkungsmittel für Gastspielreisen gewährt, obgleich Millionenüberschüsse im Haushaltsvollzug beste-

hen. Das ist doch ein deutliches Indiz dafür, dass die Verantwortlichen in den Ministerien zumindest an dieser Stelle nicht so mit dem Geld umgehen, als ob es ihr eigenes wäre. Diesen Anspruch hätte ich aber auch an dieser Stelle, weshalb wir auch hierauf den Daumen halten werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Letzter Aspekt: Zuwendungsprogramme, Transparenz und Evaluation. Auch da kann man deutlich besser werden. Die Staatsregierung hat selbst eingeräumt, dass von den über 300 Zuwendungsprogrammen gerade einmal 180 evaluierungsfähig sind. Nur ein Viertel wurde tatsächlich evaluiert. Auch das ist ein Dilemma. Das muss geändert werden, das muss verbessert werden. Ich fürchte, wir werden hierbei im Jahr 2016 eine Fortsetzung erfahren. Bei dem Raum mit besonderem Handlungsbedarf soll nun noch einmal die Anzahl der – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr?

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): – Ich habe sie gesehen. Ich bin auch sofort fertig. – Die Zahl der Förderbedürftigen wird erweitert, ohne dass die Staatsregierung mit den Programmen nachzieht. Hier müssen Verbesserungen eintreten. Auch darauf werden wir achten.

Letzter Punkt: Personalentwicklung. Räumen wir endlich den Artikel 6b ab. Er hat im Gesamtzusammenhang überhaupt keinen Wert mehr.

In diesem Sinne werden wir natürlich der Entlastung des Obersten Rechnungshofes unsere Zustimmung geben. Im Übrigen werden wir uns aber wegen der angesprochenen Kritikpunkte enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Sie extra genannt, weil ich gerne noch einmal an die Debatte an Ihr sogenanntes Integrationsgesetz anknüpfen würde. Es ist so, vielleicht können Sie das auch Ihrem Fraktionsvorsitzendem ausrichten: Ich lebe gern in Bayern.

(Beifall des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Ich lebe hier sehr gerne. Ich würde aber noch viel lieber in Bayern leben, wenn Sie endlich eine gelebte, eine wirklich durchdachte Anerkennung von Vielfalt im Leben zum Ausdruck brächten. Frau Ministerin Müller hat es heute kurz angedeutet: Die CSU steht angeblich dafür, dass alles in Ordnung ist. – Wenn endlich Verschiedenheit als normal angesehen würde, dann würde ich hier noch lieber leben.

(Hans Herold (CSU): Die Vorstufe des Paradieses!)

Und ich würde hier noch lieber leben, wenn die Bayerische Staatsregierung endlich für Steuergerechtigkeit sorgen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Die Beschlüsse des Haushaltsausschusses zeigen ganz deutlich einen Schwerpunkt. Dieser Schwerpunkt ist auch in diesem Jahresbericht zu finden, nämlich die Dauerbaustelle bayerische Steuerverwaltung bzw. Finanzverwaltung. Ja, wir sind für Vielfalt, aber wir sind nicht für eine Vielfalt der Probleme. Hier liegt vieles im Argen, das machen schon die Aufforderungen an die Staatsregierung deutlich, die wir im Ausschuss beschlossen haben, und dies einstimmig. Um es noch einmal klar zu sagen: Wir haben sie gemeinsam mit der CSU beschlossen.

Hier ein kleiner Auszug der Beschlüsse des Haushaltsausschusses:

Erstens. "Die Staatsregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass Steuererklärungen mit Nachdruck eingefordert und Dauerschätzungsfälle deutlich reduziert werden."

Zweitens. "Die Staatsregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die ... Defizite bei der Betriebsprüfung bargeldintensiver Betriebe beseitigt werden ..."

Drittens. "Die Staatsregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die Defizite bei der Besteuerung umsatzsteuerpflichtiger Ärzte beseitigt werden ..."

Viertens. "Die Staatsregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass das Meldeverhalten der Betriebsprüfung und die Zusammenarbeit mit der Steuerfahndung verbessert werden." – Wie gesagt, dies ist nur ein Auszug, weshalb ich nun zusammenfasse:

Fünftens. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitsrückstände bei verschiedenen Versäumnissen bei der Steuer beseitigt werden. – Verehrte Staatsregierung, das ist eine Ohrfeige, und zwar eine gesalzene.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das sind aber nur die Themen aus dem letzten Jahresbericht des Rechnungshofes. Wer hier so tut, als sei in Bayern alles in Ordnung, als sei Bayern gut aufgestellt, der muss für Tatsachen wirklich wenig empfänglich sein. Anders gesagt: Auf dem Steuerauge ist die Staatsregierung offenbar blind. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Mehrheitsfraktion, bei sozialen Themen oder auch im Bereich der Bildung muss ich mir immer anhören, was der Oberste Rechnungshof gesagt hat. Beispielsweise, dass der Oberste Rechnungshof gesagt habe, wir könnten etwas nicht besser ausstatten. Da heißt es immer wieder von Ihrer Seite: Der Oberste Rechnungshof hat gesagt! – Klar ist, im nächsten Doppelhaushalt müssen Sie Ihre Hausaufgaben endlich machen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in der Finanzverwaltung endlich genügend Stellen besetzt werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zahl der Beamtinnen und Beamten in Bayern muss auch daran angepasst werden, dass es mehr Menschen in Bayern gibt und dass es in Bayern mehr Unternehmen gibt. Es ist gut so, aber die Unternehmen müssen auch geprüft werden. Hierzu ein paar Zahlen: Die Zahl der Großbetriebe ist in den Jahren 2001 bis 2010 um knapp 23 % gestiegen, die Zahl der Kleinstbetriebe im gleichen Zeitraum um knapp 34 %.

(Hans Herold (CSU): Gut so!)

Die Zahl der geprüften Betriebe ist hingegen rückläufig. Das ist nicht gerecht, denn jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer muss ganz normal ihre bzw. seine Steuern zahlen. Die Steuern werden bei ihnen gleich abgezogen. Das ist kein gerechtes Bayern. Wir können es aber gerechter machen, indem wir die Finanzverwaltung endlich besser ausstatten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer auf diese Zahlen hingegen mit der Wiederbesetzungssperre – darauf hat Herr Kollege Halbleib hingewiesen – oder wer mit Stellenabbau reagiert, der hat mit Steuergerechtigkeit nichts am Hut und untergräbt die Steuermoral von jedem Bürger und von jeder Bürgerin in Bayern. Nichts anderes geschieht hier.

Besonders interessant ist auch, dass die CSU, als es um die Altersvorsorge bei den Staatsforsten ging, zugestimmt hat. Es soll nämlich mehr Geld eingezahlt werden. Was für die Staatsforsten gilt, das sollte doch erst recht für den Pensionsfonds gelten, also für die Beamtinnen und für die Beamten des Freistaats.

(Hans Herold (CSU): Das wird doch gemacht!)

Es passiert genau das Gegenteil. Trotz guter Ertragslage, also bei immer höheren Steuereinnahmen und immer mehr Steuernehreinnahmen, wird weniger eingezahlt. Es wird weniger eingezahlt, als nach einem Gesetz einzuzahlen wäre, als ein Gesetz vorgesehen hatte, das Sie vorletztes Jahr selbst abgeschafft haben. Der Versuch, die Pensionen ab 2030 mit den eingesparten Zinsen zu finanzieren, hat zwei große

Haken: Erstens. Wenn Sie so weiter tilgen wie bisher, nämlich nach den Vorgaben der Staatsregierung, dann sind die Schulden zwar abgebaut, aber erst im Jahr 2054 – noch einmal: 2054! – und nicht, wie Sie in Ihrer Werbung sprechblasenmäßig immer erzählen, bis 2030.

Jetzt noch ein paar allgemeine Worte zum Haushalt. Er wächst und wächst. Gleichzeitig gehen Sie die strukturellen Probleme nicht an. Wir GRÜNE tun dies jedes Mal mit unserem Haushaltsentwurf. Bei Ihnen gibt es versteckte Verschuldung, steigende Pensionsausgaben, zu wenige Finanzbeamtinnen und -beamte. Bei ständig steigenden Steuereinnahmen lässt sich das auch alles überdecken – bislang. Wir gehen mit unserem Haushaltsentwurf, immer gegenfinanziert, die verdeckte Verschuldung an. Der Bericht des Rechnungshofs hat es nochmals gezeigt: Die Ausgaben sind im Jahr 2014 bereinigt um gut 7 % gestiegen. Schon im Vorjahr sind die Ausgaben enorm gestiegen.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, kommt Ihnen das nicht inzwischen ein bisschen spanisch vor? – Sie sprechen immer wieder davon, dass der Mittelstand entlastet wird, dass Sie endlich eine Steuerreform angehen und umsetzen; heute kam es schon wieder in der Presse vor. Setzen Sie es endlich um! Reden Sie nicht, sondern setzen Sie es um – aber bitte gegenfinanziert! Der Staat braucht diese Einnahmen. Setzen Sie es um, und reden Sie nicht jedes halbe Jahr davon, dass der Mittelstand jetzt entlastet wird!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Gedanke zur Regionalisierung der Steuer trägt nicht zur Solidarität in Deutschland bei. Wir brauchen mehr Solidarität, nicht weniger.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Dank, der sonst am Anfang einer Rede kommt, muss heute am Schluss der Rede kommen. Es ist heute Ihre letzte Sitzung hier bei uns, Herr Dr. Fischer-Heidlberger. Ich möchte die Gelegenheit gerne nutzen, mich auch im Namen der Fraktion ausdrücklich bei Ihnen für Ihre Arbeit zu bedanken.

Die Arbeit des Rechnungshofes, Ihre Arbeit, ist sehr, sehr wertvoll. Das wissen Sie. Auch wenn wir nicht immer Ihrer Meinung waren – das hat auch der Kollege Halbleib gesagt –, Ihre Arbeit ist so wertvoll, weil Sie genau hinschauen, was die Regierung macht, was das Regierungshandeln ausmacht. Sie schauen auch genau hin beim sparsamen Umgang mit dem Geld aller, mit den Steuermitteln.

Wir GRÜNE sind Ihren Vorschlägen nicht immer gefolgt; aber auch das ist wichtig, weil wir die Vorschläge manchmal zu schwach fanden. Wir haben dann noch mehr von der Staatsregierung gefordert. Manchmal haben wir einen Vorschlag auch als nicht gerechtfertigt angesehen. Es ist dennoch wichtig, dass es den Rechnungshof als Institution, als Einrichtung in Bayern gibt. Der Rechnungshof und Sie als Präsident legen immer wieder den Finger in die Wunde – genau dahin, wo es wehtut.

Vielen Dank für Ihre Arbeit und viel Spaß im Ruhestand! Ich bin mir sicher – so wie ich Sie kenne –, es wird ein Unruhestand. Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Söder.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja anscheinend eine Debatte des Abschieds, wie ich jetzt vernommen habe, eines endgültigen und, Herr Halbleib, eines halben Abschieds. Dazu sage ich aber gleich noch etwas.

Herr Präsident des Obersten Rechnungshofs, auch wenn wir zugegebenermaßen nicht immer einer Meinung sind, ja sogar immer seltener einer Meinung waren, sage auch ich Ihnen zunächst einmal ein herzliches Dankeschön, nicht nur für die Arbeit beim Obersten Rechnungshof. Sie waren eine lange Zeit in der Staatsverwaltung, in der Staatskanzlei, im Umweltministerium, wurden dort, wie ich einmal gelesen habe, sogar auch einmal von den später eigenen Leuten geprüft und nicht geschont. Inso-

fern wissen Sie, was Sie zu erwarten haben. Von meiner Seite ein persönliches Dankeschön für den Einsatz für den Freistaat Bayern, für die Institution und dafür, dass Sie sich immer auch vor die Prüfer gestellt haben.

Ich bedanke mich ausdrücklich, sage aber auch – das gilt für das gesamte Team –: Wenn wir die Kommunikation noch so optimieren könnten, dass sie zuerst und vor allem zwischen Landtag und ORH stattfindet, nicht zuerst zwischen ORH und "Süddeutscher Zeitung", dann wäre das ein Gewinn für die parlamentarische Kultur. – Ein herzliches Dankeschön für die Arbeit!

(Beifall bei der CSU)

Das Zweite. Lieber Herr Halbleib, auch wenn das, was Sie gesagt haben, natürlich falsch war, möchte ich Ihnen trotzdem ein persönliches – sagen wir es einmal so – "Vergelts Gott" sagen. Wir haben uns immer harte Debatten geliefert und einander nichts geschenkt. Trotzdem, glaube ich, hat das im Parlament immer Freude gemacht. Sie werden – da bin ich ganz sicher – Ihren Stil beibehalten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es bleibt mir nichts anderes übrig!)

Insofern erwarte ich jetzt keine Läuterung. Nein, dafür sehe ich jetzt wenig Hoffnung. Aber trotzdem sage ich Ihnen nochmals Danke schön für die Zusammenarbeit. Beim Herrn Güller, befürchte ich, wird es nicht besser werden.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir werden es aber schon schaffen. – Noch einmal: Danke schön, Herr Halbleib, und ein "Vergelts Gott" für die Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss!

(Allgemeiner Beifall)

Das war jetzt aber alles, was an Gemeinsamkeit denkbar war. Ich habe mich über eines gewundert: Anstatt zum Schluss einmal über den eigenen Schatten zu springen,

sagen Sie, den ORH entlasten Sie, aber den Freistaat Bayern können Sie de facto nicht entlasten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Staatsregierung!)

Wenn ich jedes Bundesland und jedes Parlament in Deutschland durchgehe, wenn ich Europa durchgehe – Sie sind ein begeisterter Europäer –, frage ich mich: Welches Land würde nach Ihren Maßstäben überhaupt entlastet werden können, wenn nicht der Freistaat Bayern?

(Beifall bei der CSU – Karl Freller (CSU): Sehr gut!)

Das ist doch eine absurde Diskussion.

(Karl Freller (CSU): Wo bleibt die Antwort der Opposition?)

Sie sagen, man dürfe an sich nicht vergleichen. – Man muss vergleichen, um die Relation und die Kraft zu erkennen, die wir in Bayern aufbringen, meine Damen und Herren. Das hat nichts mit Eigenlob, sondern hat etwas mit der Realität und der Wahrheit zu tun.

Wir haben in Deutschland Rekord-Steuerereinnahmen; das ist wahr. Bund, Länder und Gemeinden verbuchen Rekord-Steuerereinnahmen. Trotzdem haben die meisten Bundesländer derzeit Probleme, ihre Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Viele rufen nach höheren Steuern oder nach höheren Schulden. Der Freistaat Bayern lehnt beides ab, meine Damen und Herren. Wir lehnen höhere Steuern oder neue Schulden ab. Wir finden, ein Staat muss, wenn er Rekord-Steuerereinnahmen hat, lernen, mit dem zur Verfügung stehenden Geld auszukommen. Das können wir in Bayern, sonst praktisch niemand.

(Beifall bei der CSU)

Die lange Geschichte des Haushalts ohne Neuverschuldung ist natürlich eine Leistung und ein Auftrag für die Zukunft. Sie dürfen nicht vergessen: Als wir mit der Nullver-

schuldung begonnen haben, gab es hier schwierige Debatten. Das hat uns übrigens auch auf dieser Seite des Hohen Hauses viel Diskussionsbereitschaft abgefordert. Es gab manche schwierige Stunde. Charlie Freller, ich erinnere mich noch an die Diskussion damals, die wir auch in unserer Fraktion hatten, und daran, wie mühsam das war. Wir haben es aber geschafft. Wir haben diesen Pfad der Tugend auch zwischenzeitlich, als die Steuereinnahmen schlechter waren, nie verlassen. Ganz im Gegenteil: Das, was Bayern damals als einziges Bundesland gemacht hat, ist zur Blaupause der verfassungsrechtlichen Situation in Deutschland geworden. Damit haben wir mit der Haushaltspolitik nationale Standards gesetzt wie kein anderes Land.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Schuldentilgung wird immer wieder als nicht ernsthaft genug oder als zu gering kritisiert. Zeigen Sie mir ein anderes Bundesland, das eine derart kraftvolle Schuldentilgung vornimmt! Bei uns kommen gleich mehrere Dinge in die Balance: Wir haben Schulden getilgt, bisher über drei Milliarden Euro, und damit den Schuldenstand im allgemeinen Haushalt unter 20 Milliarden Euro gesenkt. Damit ersparen wir uns bis zum Jahr 2030 1,2 Milliarden Euro an Zinsen. Wenn Sie mir ein anderes Bundesland sagen, das so etwas kann und weit über fünf, demnächst vermutlich sechs Milliarden Euro pro Jahr in den Länderfinanzausgleich zahlt, dann ziehe ich den Hut vor Ihnen, meine Damen und Herren. Das kann nur der Freistaat Bayern und sonst keiner in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Verbesserungen sind im Detail natürlich immer möglich. Einzelne Projekte sind natürlich immer wieder hinterfragbar. Verbesserungen? – Ja. Auch der Stärkste muss an sich arbeiten, um stark zu bleiben; das ist selbstverständlich. Wir nehmen übrigens jeden Vorschlag gerne auf. Aber alles generell zu kritisieren und zu sagen, der Freistaat Bayern bringt es nicht und kann das nicht, zählt an der Stelle nicht.

Welches andere Bundesland kann so in die Bildung investieren? Welches andere Bundesland hat in den letzten Jahren für den Breitbandausbau über 1,5 Milliarden Euro auf den Weg gebracht? Welches andere Bundesland investiert so sehr in die Gesamtentwicklung? – Frau Stamm hat gesagt, sie würde hier gerne weiter leben. Ich sage nur eines: Immer mehr Menschen wollen gerne in Bayern leben. Warum? -Weil sie hier die Zukunft für sich und ihre Familie sehen. Das ist auch in unserem Haushalt zu erkennen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Verbesserungen sind immer möglich, das ist keine Frage. Aber die Grundstruktur, die Richtung und der Kompass stimmen.

Zum Thema Personal. Manchmal habe ich den Eindruck: Wenn Sie über Steuergerechtigkeit reden, meinen Sie primär Steuererhöhung;

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein!)

denn alle Vorschläge, die von Rot-Grün auf Bundesebene bisher gemacht worden sind, laufen in erster Linie darauf hinaus, Steuern zu erhöhen. Eines sage ich Ihnen dazu: Wir haben vonseiten des Freistaats Bayern eine Fülle von Initiativen zur Steuergerechtigkeit gebracht. Darunter war die Verschärfung bei Selbstanzeige, und es ging um die Transparenz bei der gesamten Debatte um Panama, die uns noch beschäftigen wird. Da ging es zum Beispiel auch um die Einrichtung eines internationalen Steuerzentrums, um auf der einen Seite die Vermeidung einer Doppelbesteuerung und auf der anderen Seite das Schließen von Steuerschlupflöchern zu erreichen.

Ich darf auch noch die Abschaffung der kalten Progression erwähnen, ein Thema, das für Leistungsgerechtigkeit in diesem Land elementar ist. Das hat gerade dieser Finanzminister mit einem an Penetranz grenzenden Engagement gefordert, und es ist auch gekommen. Wir haben die Abschaffung durchgesetzt und wollen sie auch dauerhaft beibehalten, weil sie unfair und nicht leistungsgerecht ist.

(Beifall bei der CSU)

Verzeihen Sie mir, wenn ich noch etwas sage. Ich glaube, der ORH hat sich dazu zum 19. Mal geäußert. Die Nachfolger wissen, dass sie auch für das nächste Jahr dieser Meinung sind. Sie können vielleicht auf das Vorjahr verweisen. Allerdings stelle ich fest, dass in den aktuellen Prüfmitteilungen – in den aktuellen und nicht denen von 2014 – anerkannt wird, dass es besser wird. Daran ist vielleicht die gegenseitige Kommunikation des Lernens und Aneinander-Reifens erkennbar.

Meine Damen und Herren, eines will ich dazu schon sagen. Wir haben aktuell mehr Anwärter denn je. Wir haben eine Rekordzahl zu vermelden: 2.100 Personen sind in der Ausbildung. Damit schaffen wir es nicht nur, alte Stellen zu besetzen, sondern auch, die Stellensituation tatsächlich zu verbessern. Wir haben das Personal bei der Steuerfahndung um 21 % erhöht. Wir haben Sonderkommissionen im Bereich Steuer eingesetzt, die bewusst Fällen nachgehen, in denen die Möglichkeit, Steuergerechtigkeit herzustellen, besonders groß ist.

Aber eines müssen Sie wissen: Mit mehr Prüfern ergibt sich nicht automatisch mehr Geld; denn 80 % des Mehrertrags kommen von großen und internationalen Fällen. Sie haben eine alte Denke, eine Denke der alten Bundesrepublik, die nicht international ist, wenn Sie meinen: Man stellt hinter jeden Bürger einen Steuerbeamten, und dann wird schon mehr Steuer hereinkommen. Wir müssen dort ansetzen, wo die Steuern wirklich von einigen hinterzogen werden, und das ist der internationale Bereich. Da aber sind wir besser und immer besser aufgestellt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ein Punkt noch zur Schuldentilgung, die Frau Stamm immer wieder anspricht. Ich sage nur: Ein zentraler Ansatz für die Schuldentilgung bis 2030 liegt im Länderfinanzausgleich. Wir wollen – übrigens länderübergreifend, Rot-Grün, Grün-Rot, Grün-Schwarz oder Schwarz-Grün, egal in welchen Farbkombinationen dieser Welt denk-

bar – eine Änderung des Ausgleichssystems. Es geht nur mit einer substanziellen Änderung. Ich möchte Ihnen nur einmal die Dimension aufzeigen. Wir haben dieses Jahr – Gott sei Dank – wieder gute Steuereinnahmen. Das liegt am Fleiß der Bürger, aber auch daran, dass sich immer mehr Unternehmer ansiedeln und in Bayern immer erfolgreicher sind, weil die Rahmenbedingungen für den Standort stimmen. Aber wir werden demnächst im engeren Länderfinanzausgleich 6 Milliarden Euro pro Jahr und unter Einbezug des Umsatzsteuervorausgleichs sogar über 8 Milliarden Euro ausgeben müssen.

Für uns ist elementar, dass hier eine Änderung kommt. Sollte eine Änderung beim Bund-Länder-Finanzausgleich mit der Entlastung um 1 Milliarde Euro und einem anderen System nicht möglich sein – es gibt ja von der Bundesebene wieder seltsame Signale mit Zwischenrechnung, Verrechnung und Neurechnung –, ist für uns nicht nur klar, dass es bei der Klage bleibt, wovon Josef Zellmeier zu Recht gesprochen hat, sondern es gilt noch etwas anderes. Dann wird nämlich für uns 2019 klar sein, dass wir einer Verlängerung des Länderfinanzausgleichs nicht einfach zustimmen können. Damit ist auch die Schuldentilgung bis 2030 klar. Wir wollen nicht nur Steuergerechtigkeit in Deutschland, wir wollen auch eine Leistungsgerechtigkeit der Länder haben. Bayerisches Geld ist am besten in Bayern aufgehoben und nicht in Berlin oder Bremen, liebe Freunde. An dieser Stelle muss sich etwas ändern.

(Beifall bei der CSU)

Ein letzter Punkt zur Zukunft und zum aktuellen Haushaltsverfahren, das ja einige angesprochen haben. Natürlich ist unser Ziel: keine Schulden, Schulden tilgen, stabiles Personal, hohe Investitionsquote. Herr Kollege Herold hat das sehr richtig ausgeführt. Auch das Wachstum ist ein Ziel. Manchmal werden wir kritisiert, dass wir Wachstum haben. Warum haben wir eigentlich im Haushalt Wachstum? Nur weil die Parlamentarier Geld ausgeben wollen? – Wir haben doch Wachstum, weil unser Land wächst, und unser Land wächst asymmetrisch. Wir haben einerseits extreme Verdichtungsräume, die extremes Engagement erfordern, zum Beispiel beim Personal, wenn ich an die

Lehrer und die Polizei denke. Der Großraum München stellt zum Beispiel eine Wachstumsherausforderung dar. Wir haben aber auch andere Räume, wo wir mehr investieren müssen, um die Dynamik anzukurbeln, Räume mit besonderem Handlungsbedarf.

Seien wir ehrlich: Erfolge werden nicht immer einfach zu erzielen sein. Aber sie sind da, und sie sind spürbar. Die Bürger und die Bürgermeister nehmen die Anstrengungen ja an. Darum muss es Wachstum geben. Aber wir machen das behutsam, vorsichtig und vertretbar, um auch gewappnet zu sein, wenn etwas passiert. Asyl ist ein gutes Beispiel. Ohne unsere gemeinsame klare Beschränkung mit einer soliden Finanzpolitik in den letzten Jahren hätten wir die Asylproblematik nicht finanzieren können.

Im Grunde kann ich feststellen: Wir sind als Land gut drauf, heben aber nicht ab. Wir sehen die Herausforderungen und sorgen vor. Wir wollen eines erreichen, meine Damen und Herren, nämlich dass der Freistaat Bayern auch für die Zukunft so stark gerüstet ist, dass noch mehr Menschen und noch mehr Leistung in unser Land kommen können. Dabei ist es uns wichtig, dass der Charakter und die Identität Bayerns erhalten werden können. Das ist unser Ziel, und mit dem Haushalt schaffen wir dafür eine gute Grundlage. Deswegen bitten wir auch um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, dass der Appell zu mehr Solidarität nicht fruchtet, hätte ich mir bei Ihnen natürlich denken können. Sie haben jetzt wieder die alte Neiddebatte Bayern gegen Berlin aufgemacht.

(Hans Herold (CSU): Zu Recht! – Weitere Zurufe)

Wir waren ja gar nicht weit weg von dem Vorstoß, dass man auch überlegen könnte oder sollte, Berlin herauszunehmen, weil Berlin einfach andere Pflichten hat. Berlin ist ein Land, hat aber als Hauptstadt auch besondere Pflichten.

Ganz grundsätzlich möchte ich noch einmal festhalten, dass wir schon ganz lange ein Konzept vorgelegt haben. Sie klagen, und wir haben ein Konzept vorgelegt, das ziemlich genau dem entspricht, worauf sich die Ministerpräsidenten geeinigt haben und was Sie jetzt durchsetzen wollen. Das war genau die Geschichte. Wir GRÜNE legen ein Konzept vor; aber die CSU und die Staatsregierung können nichts anderes tun, als zu klagen. Allerdings habe ich den Kollegen Zellmeier heute anders verstanden. Er hat nämlich davon gesprochen, dass die Klage vielleicht nicht zu Ende gebracht wird. Ich wüsste jetzt gerne, ob Sie – das fände ich sehr angemessen – ernsthaft überlegen, die Klage zurückzuziehen. Diese Frage hätte ich jetzt gerne noch beantwortet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Eines ist selbstverständlich: Wenn sich 16 Länder auf etwas einigen, dies eins zu eins umgesetzt und unserer Wunschvorstellung entsprochen wird, macht es, glaube ich, wenig Sinn, zusätzlich eine Klage zu führen. Nur sind wir an diesem Punkt leider noch nicht. Im Moment sehen die Signale, die wir aus Berlin bekommen, so aus, dass das gute Ergebnis wieder in einer Reihe von Punkten verwässert werden soll. Wir lassen aber nicht zu, dass wieder etwas hinterfragt, kombiniert, verwässert oder weggelassen wird und es zu einem Ergebnis kommt, mit dem wir nicht ordentlich leben können.

Ich sage Ihnen noch etwas offen. Ich weiß, Sie sagen immer, Sie haben alles schon seit hundert Jahren gewusst und Konzepte vorgelegt, die aber außer Ihnen meistens kein anderer kennt.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

– Schicken Sie es mir zu. Aber das ist mir immer zu einfach. An dieser Stelle ist dem Ministerpräsidenten – das sage ich jetzt einmal ausdrücklich – etwas gelungen, was ich vorher nicht für möglich gehalten hätte. Er hat an dieser Stelle einen Konsens mit allen Bundesländern gefunden. Aber diesen Konsens der Länder kann man nicht nachträglich irgendwie konterkarieren und verwässern. Wir haben ein Ergebnis. Wenn es steht, ist das in Ordnung. Aber wenn das Ergebnis nicht steht, gehen wir halt den anderen Weg; denn wir wollen zu einer Entlastung kommen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Unruhe)

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen, und ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Hierzu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 3 abstimmen. Der Abstimmung liegt die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/11348 zugrunde. Ich gehe davon aus, dass die einzelnen Nummern getrennt abgestimmt werden.

Nach der Nummer 1 der Beschlussempfehlung soll der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2014 und des Jahresberichts 2016 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2014 Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Die FREIEN WÄHLER. Dann ist das so beschlossen.

Nach der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen soll die Staatsregierung gemäß Artikel 114 Absatz 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht werden, entsprechend den Buchstaben 2 a bis 2 o eine Reihe von Maßnahmen zu veranlassen und hierzu dem Landtag zu berichten. Im Einzelnen verweise ich auf Drucksache 17/11348.

Ich lasse zunächst über die Buchstaben 2 f, 2 g und 2 o, zu denen kein einstimmiges Ausschussvotum vorliegt, einzeln abstimmen.

Wer dem Buchstaben 2 f zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Wer dem Buchstaben 2 g zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FREIEN WÄHLER sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wer dem Buchstaben 2 o zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – FREIE WÄHLER und Herr Gehring. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Nun lasse ich gemeinsam über die einstimmig beschlossenen Buchstaben 2 a bis 2 e und 2 h bis 2 n abstimmen.

Wer der Nummer 2 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen ist damit in allen Punkten zugestimmt worden.

Nach der Nummer 3 der Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen dem Landtag, gemäß Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung festzustellen, dass die geprüften IT-Verfahren nicht den Standards entsprechen. Wer der Nummer 3 zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Nummer 3 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses ist ebenfalls zugestimmt worden.

Damit ist der Staatsregierung nach Maßgabe der soeben beschlossenen Ersuchen und Feststellungen die Entlastung für das Haushaltsjahr 2014 gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung erteilt.

Nun lasse ich über den Tagesordnungspunkt 4 abstimmen. Noch einmal zur Information: Das ist die Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Nach der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/11321 soll dem Bayerischen Obersten Rechnungshof für das Haushaltsjahr 2014 die Entlastung erteilt werden.

Die Abstimmung findet in namentlicher Form statt. Fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.15 bis 17.20 Uhr)

Noch eine halbe Minute. – Die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung. Es wird außerhalb des Sitzungssaals ausgezählt. Ich darf darum bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bitte, wieder Platz zu nehmen!

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 17/9114 bekannt: Mit Ja haben gestimmt 89, mit Nein haben gestimmt 69, Stimmenthaltungen gab es keine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Bayerisches Betreuungsgeldgesetz".

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2014 für den Einzelplan 11 bekannt. Das ist Drucksache 17/9222, Tagesordnungspunkt 4. Mit Ja haben 149 Abgeordnete gestimmt, mit Nein keiner, Stimmenthaltungen gab es auch nicht. Damit ist dem Bayerischen Obersten Rechnungshof gemäß Artikel 101 der Bayerischen Haushaltsordnung die Entlastung erteilt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 01.06.2016 zu Tagesordnungspunkt 4: Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2014 für den Einzelplan 11 (Drucksache 17/9222)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max	X		
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Güll Martin	X		
Bauer Volker	X			Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine	X		
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann	X			Hanisch Joachim	X		
Blume Markus				Hartmann Ludwig			
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut	X			Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel	X		
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie	X		
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann			
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander	X			Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto			
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	149	0	0